

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Mark im Monat, bei Zustellung durch die Posten Mark, bei Postbestellung 16 Mark. Einzelnummern 16 Pf. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 51 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Freitag 29. Februar 1924

## Garantien gegen — Deutschland.

Wäre es nicht für uns so unendlich traurig, so schmachvoll und erniedrigend, so müßte man eigentlich darüber lachen. England hat für die Flugzeugabwehr eine neue Kanone erfunden, die über 10.000 Meter hoch schießt und recht gut treffen soll. Es schleudert ein fünf Zentner schweres Hochbrisanzgeschos und vernichtet — garantiert — jedes Flugzeug in 500 Metern Umkreis. Eine gleich schöne Erfindung hat man auch in Frankreich gemacht. Ganz zweifellos, um sich gegen „deutsche“ Fliegerüberfälle zu schützen. Schickt doch das „Echo de Paris“ seine hervorragendsten Mitarbeiter und Redakteure in die Hauptstädte des europäischen Kontinents, um dort Vorträge über die deutsche Luftgefahr zu halten. Abgesehen davon England zur Linderung der englischen Arbeitslosigkeit fünf Kreuzer, eine Masse von U- und Torpedobooten.

Damit aber die Welt von dem Friedenswillen dieser Staaten überzeugt wird — die Seeabrüstungskonferenz in Rom ist ebenso erfolglos auseinandergegangen wie einst die in Washington — will man die Militärkontrolle in Deutschland bereinigen. Das verstoßt ja ein bißchen gegen den Friedensvertrag, aber das stört die Entente weiter nicht. Macdonald hat sich ja früher, als er noch nicht englischer Premierminister war — immer gegen diesen Vertrag, gegen die Militärkontrolle erklärt! Macdonald will dem Völkerbund diese Militärkontrolle übertragen. Das ist was für den völkerverbund-begeisterten englischen Ministerpräsidenten. Das laut Vertrag von Versailles das unmöglich, die Zeit für die Militärkontrolle verträglich längst abgelaufen ist, — macht nichts. Völkerbund — das ist mein Gedanke bei Tag und bei Nacht.“ Am Mittwoch ist die Vorkonferenz in Paris zusammengetreten, um die ganze Sache zu beraten. Charakteristisch ist, daß die Anwesenheit von Frankreich-Belgien anging und Macdonald einverstanden war, um „einen neuen Beweis für seinen Wunsch des Zusammenarbeitens mit Frankreich zu erbringen“.

Wieselt macht sich einmal ein wichtiger Kopf daran, die Reden und Taten Macdonalds vor und während seiner Ministerpräsidentenschaft zusammen- und gegenüberzustellen. Als Überschrift könnte man empfehlen: Theorie und Wirklichkeit. Unsere Marine und unsere Luftschiffahrt kontrolliert man ruhig weiter, da muß man es mit unserer Militärmacht auch tun. Man muß „Garantien“ haben. Natürlich im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens. Dinge um uns herum kann man sich dann beruhigt dem allgemeinen Wetterhusten hingeben.

Die englische Note über die Militärkontrolle in Deutschland ist der Vorkonferenz in Paris überreicht worden und wird auch dem Interalliierten Militärkomitee zur Kenntnisnahme zugestellt werden. Aber den Inhalt glaubt man zu wissen, daß Macdonald die Überzeugung sämtlicher Kontrollkommissionen aus Deutschland vorklärt und als Erfolg die Einsetzung eines Interalliierten Garantiekomitees in Vorschlag bringt. Diese Kommission würde mit einer „Anderungsaufnahme“ der Militärbestände Deutschlands an Waffenmaterial und Mannschaften beauftragt werden.

## Reichstags-Stimmungsbild.

Am Reichstage wurde am Mittwoch die politische Aussprache zum Notetat und zu dem Antrage auf Aufhebung der Notverordnungen der Regierung fortgesetzt. An erster Stelle sprach der Zentrumsgewählte Doos, der dem linken Flügel der Zentrumspartei angehört. Er erkannte den Standpunkt des Reichstags in der Verordnungsfrage als berechtigt an, warnte sich aber auch das Recht der Kritik. Er warnt aber vor einem zu weit gehenden Abbau der Sozialversicherung und vor einschneidenden Eingriffen im Arbeitsrechtsgesetz. Nach ihm kam der Justizminister Emmerich zu Worte. Er gab einen Überblick über die Verordnungen auf dem Gebiete der Justiz, deren Notwendigkeit er rechtfertigte. Es handelte sich um schwerwiegende Maßnahmen, zu denen man durch die Not gezwungen sei. Nebenbei teilte er mit, daß im Jahre 1923 die Zahl der Landesverurteilungen 1950 betrug, darunter 12 Pressesachen. Volksgesundheit und Volkserziehung sind ebenso wichtig wie Strafrecht. Auch sie hätten sich Eingriffe gefallen lassen müssen. Der Minister behandelte dann die Aufwertungsfrage. Über die Meinungen auseinander gegangen seien. Diese müßte den Regierungen gefunden werden. Der Minister warnte vor einer Ablehnung der dritten Steuernotverordnung, die eine neue Inflation zur Folge haben würde. Ideal sei die Lösung nicht, aber die Erhaltung der Wirtschaft verlange einen raschen Entschluß. Der Volksparteiler Dr. Scholz warnte eindringlich vor einer langen Aussprache. Die Debatte im Reichstage dürfe nicht den Eindruck machen, als ob eine Henne wochenlang ein Ei begädere, das sie nicht selbst gelegt habe. Der Redner ein Ei begädere, das sie nicht selbst gelegt habe. In der Schuldenfrage müsse die Regierung propagandistisch vorgehen. Die Frage müsse endlich einsehen, daß ein wirtschaftlich vernichtetes Deutschland die ganze Welt schädige. Deshalb stünde in vorderster Linie die Befreiung von Rhein und Ruhr. Der Redner verlangte Bekämpfung der Kreditnot und forderte steuerliche Er-

## Abrücken Belgiens von Frankreich.

### Das Kabinett Theunis zurückgetreten.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Brüssel, 28. Febr. Die Kammer lehnte mit 95 gegen 79 Stimmen den Entwurf eines Wirtschaftsvertrages zwischen Frankreich und Belgien ab. Nach der Abstimmung erklärte Theunis, daß die Regierung, da sie anlässlich dieser Abstimmung die Vertrauensfrage gestellt hätte, dem König ihre Demission einreichen werde.

### Frankreich zum Sturze des belgischen Kabinetts.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 28. Febr. Pariser Blätter besprechen den Sturz des belgischen Kabinetts in erregten Artikeln. Neben der Erregung über das Gelingen des Projektes des franko-belgischen Wirtschaftsvertrages wird dem Bedauern über den Rücktritt des Ministerpräsidenten Theunis Ausdruck gegeben. Die Niederlage der Brüsseler Regierung wird von den meisten Blättern auf Umtriebe der Sozialisten zurückgeführt; denen es hauptsächlich darauf ankäme, einen entscheidenden Schlag gegen Poincaré zu führen. Dem „Echo de Paris“ zufolge treffe die Schuld an der Niederlage die Regierung selbst.

### Die Freude der Blamen. — Theunis lehnte die Neubildung des Kabinetts ab.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Brüssel, 28. Febr. Die Blamen haben ihrer Freude über den Sturz des Kabinetts Theunis unverhüllt Ausdruck gegeben. Sie erklärten beim Ausgang der Kammer Sitzung, heute Abend werde man in Berlin Freudenfeuer anzünden. Der König soll Theunis gebeten haben, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Er habe sich jedoch geweigert, auf den Vorschlag des Königs einzugehen.

### Hergt bleibt Vorsitzender der deutsch-nationalen Volkspartei.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 28. Febr. Blättermeldungen, wonach Dr. Hergt sein Amt als Vorsitzender der Deutschnationalen Volks-

leichterungen für den Mittelstand. Der Räte der Landwirtschaft widmete er eindringliche Worte. Wenn man den Beamten jezt mehr Arbeit zumute, müsse man sie auch besser bezahlen. Gegen eine völlige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes bestünden ernste Bedenken. Im übrigen sei jezt keine Zeit zu unfruchtbaren Streitereien. Das Vaterland stehe über der Partei. In temperamentvoller Weise ging der Führer der Deutschnationalen, Hergt, den Regierungsverordnungen zu Leibe, deren Aufhebung er forderte. Er verspottete die Sozialisten wegen ihrer vielen Anträge, deren Erledigung jahrelang dauern würde und verlangte Neuwahlen zum 6. April, gleichzeitig damit die Neuwahl des Reichspräsidenten. Das Volk sei gegen die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes. Notwendig sei ein Abbau der vorläufigen Republikverfassung, denen es ein halbes Duzend Minister verbanke, daß sie nicht gefaßt werden können. Der Redner fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Darauf wurde die Verhandlung unterbrochen, nachdem in einer persönlichen Bemerkung des Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) noch einen Vorstoß gegen den deutschnationalen Führer Hergt wegen seiner Haltung im November 1918 versucht hatte. Hergt erwiderte, daß er bereits im November seinen Abschied eingereicht habe, weil ihm mitgeteilt worden sei, daß die Sozialisten die Regierung übernehmen hätten, und daß er diese Schweinewirtschaft nicht mitmachen könnte. Am Donnerstag wird die Aussprache fortgesetzt.

## Politische Rundschau

### Aus dem Landtage.

Dresden, 27. Februar. Der Rechtsausschuß des Landtages behandelte in seiner heutigen Sitzung den volksparteilichen Antrag auf Veränderung des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken. Die Regierung sagte zu, einen entsprechenden Gesetzentwurf demnächst vorzulegen. Ein Antrag des Berichterstatters Dr. Hübschmann, der für den Gesetzentwurf mehrere Richtlinien enthält, wurde der Regierung als Material überwiesen. Der deutschnationalen Antrag auf Aufhebung einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Zahlung der Beiträge zur Dedung des Aufwandes für die Entschädigung bei nichtgewerblichen Schlächungen und bei Viehverlusten durch Seuchen in wertbeständigem Gelde wurde abgelehnt, während sich der Antrag betreffs Aufhebung der bei Schlachtvieh festgesetzten Spanne zwischen Stall- und Marktpreis durch Rück-

partei niedergelegt haben soll, werden von unterrichteter Stelle als in allen Teilen unwahr bezeichnet.

### Umwandlung eines Todesurteils in Zuchthausstrafe.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 28. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist das am 8. Dezember 1923 von einem französischen Kriegsgericht gefällte Todesurteil gegen Richard Raabe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

### Auch Thüringen für die Fortdauer des Ausnahmezustandes.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Weimar, 28. Febr. Das thüringische Staatsministerium hat beschlossen, seinen Vorsitzenden nach Berlin zu senden, um bei der Reichsregierung die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Thüringen zu beantragen oder wenigstens die Beibehaltung von Truppen als Stütze der Regierungsgewalt angesichts der immer noch drohenden Gefahr kommunistischer Unruhen zu fordern.

### Vorschlag des Sachverständigen-Ausschusses zur Lösung der Reparationsfrage.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Rom, 28. Febr. Der Pariser Vertreter des Giornale d'Italia will erfahren haben, daß der Sachverständigenausschuß folgende Lösung des Reparationsproblems vorschlägt:

Jede Nation, die Anspruch auf Kriegsschuldung habe, würde eine Inlandsanleihe in der Höhe ihrer Reparationsquote ausgeben. Die Anleihe würde solidarisch von allen Nationen, mit inbegriffen die Vereinigten Staaten, garantiert werden.

Deutschland, dem man ein dreijähriges Moratorium gewähren würde, müsse selbstverständlich die Zinsen zahlen und die Schulden mit den Einkünften der Eisenbahnen, die unter internationale Kontrolle kämen, zu amortisieren.

Dieser Entwurf soll von den interessierten Staaten, nicht zuletzt auch von Frankreich, sehr günstig aufgenommen werden. Frankreich würde unter diesen Bedingungen seine Zustimmung zur Räumung des Ruhrgebietes geben.

nahme erlebte. Ueber den Antrag auf Herabsetzung der Jahressteuer für die landwirtschaftlichen Zugtiere wurde lange debattiert, die Entschlieung aber ausgesetzt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie voraussichtlich in nächster Zeit ein Abänderungsgesetz vorlegen werde. Ueber den Antrag auf Aufhebung der Landespreisprüfungsstellen fand gleichfalls eine längere Aussprache statt, schließlich wurde ein Antrag gestellt angenommen, den Antrag abzulehnen, aber die Regierung zu ersuchen, eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Reorganisation des Preisprüfungswesens und eine Vereinfachung des Verwaltungswesens herbeizuführen.

Im Prüfungsausschuß wurden die Eingaben der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Jugendbünde Sachsens betreffs Änderung bzw. Ergänzung der Ausführungsbestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes und des Landesverbandes der Christlichen Elternvereine Sachsens betreffs Feststellung des Bedarfs an Lehrern für christliche und weltliche Schulen der Regierung als Material überwiesen.

### Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen.

Dresden, 27. Februar. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, werden die Deutschösterreichischen in den nächsten Tagen einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für Landtagsauflösung an der zuständigen Stelle einreichen. Die erforderliche Zahl von Unterschriften ist bereits beisammen und unterliegt gegenwärtig der behördlichen Beglaubigung. Auch der linke Flügel der Sozialdemokratie ist eifrig an der Arbeit, um mit dem dritten Versuch die Bestimmungen des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid zu erfüllen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diesmal das Volksbegehren zustande kommt. Ebenso erscheint es schon heute als sicher, daß die Mehrzahl der Parteien sich mit dem Volksbegehren einverstanden erklären, so daß mit einer Auflösung des Landtages und wahrscheinlich mit Landtagsneuwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen zu rechnen ist.

### Disziplinarverfahren gegen Arzt.

Leipzig, 27. Februar. Wie die „Leipziger Volksztg.“ mitteilt, wird das Disziplinarverfahren gegen den Abgeordneten Arzt auch wegen Beleidigung des Gesamtkabinetts geführt, da Arzt diesem in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden des sozialdemokratischen Landesarbeitsausschusses in der Angelegenheit des Volksbegehrens vorgeworfen hatte, „es deuge willkürlich das Recht und besitze nicht die notwendige Objektivität“.